

© **Schwerpunkt »Wandel & Widerstand«**

Erpressung als Politikstil

Globaler Agrarhandel 2025 im Fadenkreuz von US-Zöllen und EU-Kumpanei

von Francisco Mari

Die US-Zollerhöhungen 2025 lösen massive Umbrüche im globalen Agrarhandel aus. Entwicklungsländer geraten unter starken Druck, da Zölle auf Kaffee, Kakao, Palmöl und Früchte Exporte verteuern und Einkommen senken. Viele Staaten geben dem US-Druck nach und öffnen Märkte für US-Agrarchemie, Saatgut und Investoren, was lokale Produzenten schwächt und Abhängigkeiten vertieft. Zugleich verschärft die EU durch eigene Handelsabkommen und eine neue Allianz mit den USA den Wettbewerb, indem beide gemeinsam Drittstaaten zu Marktöffnungen drängen. Dies bedroht Ernährungssouveränität, ökologische Standards und die wirtschaftliche Selbstbestimmung des Globalen Südens.

Im globalen Agrarhandel kündigt sich für die kommenden Jahre ein massiver Umbruch an. US-Agrarkonzerne und Großproduzenten nutzen intensiv die Deregulierungen und Marktöffnungen, die durch die erpresserische Zollpolitik der US-Regierung unter Präsident Trump durchgesetzt werden. Viele Entwicklungs- und manche Schwellenländer bleiben weiterhin vornehmlich Rohstofflieferanten, ohne echte Chancen auf Verarbeitungsschritte vor Ort, die essenzielle Steuereinnahmen und Arbeitsplätze schaffen könnten.

Der EU-Protektionismus im Agrarbereich, der sich in Handelsabkommen widerspiegelt, und das aggressive, teilweise koordinierte Vorgehen von EU und USA zur Offenhaltung eigener Märkte für Industrie- und Agrarprodukte, setzen die ohnehin bereits schwachen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Strukturen der Entwicklungsländer unter enormen Druck. Besonders negativ könnte sich die neue EU-US-Allianz auf den Welthandel auswirken, die gemeinsam gegen Zwischenhändlerstaaten und Drittstaaten vorgehen will, um Zölle und Handelsschranken für eigene Produkte abzubauen. Dies geschieht auf dem Rücken der besonders verletzlichen Staaten Afrikas, Südamerikas und Asiens, deren Schutzmechanismen und wirtschaftliche Selbstbestimmung abgebaut werden sollen.

Im Fokus stehen nicht nur die oft WTO-widrigen umfangreichen US-Zölle auf Agrarimporte, sondern vor allem die strukturelle Machtverfestigung über Investitionen und Marktöffnungen, die weiterhin glo-

bale Ungleichheiten vertieft, Ernährungssouveränität gefährdet sowie Menschenrechte und ökologische Standards schwächt. Die Folgen dieser Entwicklung sind lokal wie global dramatisch und reichen von verschärften sozialen Konflikten über Umweltzerstörung bis hin zu neuen Klimarisiken.

Die parallelen Verhandlungen und Fortschritte bei EU-Handelsabkommen in Afrika (z. B. mit Kenia), Südamerika (Mercosur) und Asien (Indonesien) unterstreichen diese Dynamiken. Zwar gibt es in diesen Abkommen jeweils spezifische Ansätze, etwa in Sachen nachhaltiger Entwicklung, doch ihre wirtschaftlichen Wirkungen und die Frage der gerechten Teilhabe stehen auf tönernen Füßen.

»Frühlingszölle« und erste Handelskriege

Im Frühjahr 2025 verschärfte die US-Regierung unter Präsident Trump ihre protektionistische Handelspolitik mit drastischen Zollerhöhungen, die insbesondere Entwicklungsländer und Schwellenstaaten schwer trafen. Es wurden gezielt Strafzölle auf eine breite Palette von Agrar- und Industrieprodukten eingeführt, die vielfach deutlich über den bisherigen, bei der WTO hinterlegten US-Zöllen lagen – teilweise bis zu 50 Prozentpunkte darüber. Diese US-Zölle stellten nicht nur einen offensichtlichen Bruch der internationalen WTO-Handelsregeln dar, da sie die sog. Meistbegünstigung (MFN)¹ verletzen, sondern führten in vielen Ländern zu massiven wirtschaftlichen Verwer-

fungen und sozialen Konflikten. Während Industrie-Produkte und Hightech-Komponenten im Fokus der öffentlichen Debatte standen, zeigen Handelsanalysen inzwischen deutliche Folgen auch für traditionelle »Tropenprodukte« wie Kaffee, Kakao, Palmöl, tropische Früchte, Getreide und Milchprodukte.

Politische Motivation und Hintergründe

Die Zollerhöhungen der US-Regierung ab 2. April 2025 wurden als »Schutz amerikanischer Arbeitsplätze und Industrien« begründet. Dennoch war der unmittelbare Nutzen für die US-Landwirtschaft (»Buy American Food«) gering, während die Kosten für US-Verbraucher in Form gestiegener Preise bei Nahrungsmitteln, Kosmetik und Agroprodukten sichtbar wurden – was in einigen Fällen zu öffentlichem Protest führte, wie etwa im Fall des vietnamesischen Kaffees im US-Markt. Betroffen von den Zollerhöhungen sind laut offiziellen Schätzungen Agrarimporte im Wert von über 20 Milliarden US-Dollar.

Dabei zielte die politische Strategie der USA vor allem auf die Erzwingung weitreichender Handels-sanktionen in Entwicklungsländern ab, die im Gegenzug ihre Märkte für US-Industrie- und Agrargüter öffnen sollten. Somit waren die Zölle weniger als dauerhafter Schutz gedacht, sondern dienten als Druckmittel für politische Zugeständnisse.

Umfang der Zollerhöhungen und betroffene Produkte

Zum ersten Mal seit der Kolonialzeit belegten die USA Kaffeimporte mit Zöllen. Vietnam und Indonesien (Robusta) erhielten 46 Prozent bzw. 32 Prozent Zollaufschläge auf Kaffee-, Ghana zehn Prozent und Côte d'Ivoire 21 Prozent auf Kakaoprodukte. Diese Länder exportierten bisher jährlich Rohkaffee und Kakaobohnen im Gesamtwert von rund sieben Milliarden US-Dollar in die USA – was für Ghana und Vietnam einen Anteil von vier bis sechs Prozent ihrer gesamten Agrarausfuhren bedeutete.

Obst und tropische Früchte wie Mangos, Avocados, Papayas und Bananen wurden kurzfristig mit zehn bis 25 Prozent Zoll belegt; sie verteuern sich im US-Einzelhandel, sind für etliche zentralamerikanische Länder aber zentraler Devisenbringer (vor allem für Honduras, Ecuador und Costa Rica). Industriell verarbeitete Agrarprodukte, wie veredelter Kakao- und Kaffeeprodukte aus der EU und Malaysia (z. B. Schokolade, löslicher Kaffee), unterliegen Zolltarifen von 20 bis 32 Prozent. Dadurch folgen Produktionsverlagerungen nach Lateinamerika, wo US-Investoren vermehrt Fabriken aufbauen.

Für die meisten Entwicklungsländer bleibt der US-Agrarmarkt zwar kleiner als der europäische oder chinesische, aber wichtig aufgrund hoher Erlöse und stabiler Nachfrage. Kaffee-, Kakao- und Tropenfruchtex-

porte in die USA stellen z. B. acht bis zehn Prozent der gesamten Agrarausfuhren Ghanas und der Elfenbeinküste, etwa sechs Prozent der vietnamesischen Agrar-Exporte und zwölf bis 15 Prozent bei zentralamerikanischen Obstexporten. Daher wirken auch moderate Zollerhöhungen unmittelbar auf Beschäftigung und Deviseneinnahmen. Laut Marktanalysen verzerren die Zölle die globalen Wertschöpfungsketten, begünstigen US-Anbauer, während sie Produzenten im Globalen Süden Ausfälle und Preisdruck bescheren.

In Ghana und Côte d'Ivoire sanken die Kakao-Exporte aufgrund der Zollerhöhungen um rund 30 Prozent. Organisationen der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern klagten über sinkende Einkommen und steigende Ernährungsunsicherheit. Gleichzeitig stiegen Investitionen großer US-Konzerne (z. B. Cargill, Barry Callebaut) in Verarbeitungsanlagen, was das Machtgefälle zulasten lokaler Produzenten verschärfte.

So mussten auch afrikanische Länder wie Ghana und Äthiopien Zugeständnisse gegenüber den USA anbieten, insbesondere durch das Absenken der Zölle im Bereich der Düngemittelimporte. Kritiker:innen sind aber besorgt, dass dies die Monopolstellung großer US-Konzerne verstärkt, während lokale Landwirt:innen und ihr Aufbau lokaler organischer Düngeralternativen weiterhin benachteiligt sein werden.

Vietnam senkte im Spätsommer – im Gegenzug für Zollminderungen ihrer Kaffeexporte (Robusta) – die Hürden für US-Agroimportprodukte und Investitionserleichterungen für US-amerikanische Unternehmen, während Kambodscha ebenfalls umfangreiche Marktliberalisierungen durchführte, um US-Zölle zumindest teilweise reduzieren zu können. Beide Länder berichten aber von wachsendem Druck auf Kleinbäuerinnen und -bauern durch Konkurrenz der auf industrialisierte Landwirtschaft setzenden US-Firmen und negative Auswirkungen auf Ernährungssouveränität.

In Brasilien und Mexiko bleiben die Zölle teilweise hoch, da diese Länder strategisch stärker sind und weniger Zugeständnisse an die USA machten. Südafrika zeigte ebenfalls Widerstand gegen US-Handelsdruck.

Indiens Schutzwall im Milchsektor

Indien hat im Rahmen der Verhandlungen mit den USA 2025 unter starkem Druck mehrere Zugeständnisse gemacht, um hohe US-Strafzölle auf Industrie-Produkte abzuwenden. Besonders deutlich wurde, dass die USA mit ihren Milchkartellen – darunter große Konzerne wie Dairy Farmers of America und die Tochtergesellschaften der europäischen Konzerne Nestlé und Danone – darauf drängten, die hohen Einfuhrzölle für Milchprodukte in Indien zu senken oder zumindest zu lockern. Diese Milchzölle, die bis

zu 150 Prozent betrogen, gelten als einer der stärksten Schutzmechanismen für Indiens große bäuerliche Milchindustrie. Die USA forderten dabei nicht nur Erleichterungen bei der Importzulassung von Milchpulver, sondern auch bei anderen verarbeiteten Milchprodukten wie Käse und Joghurt, um den Marktzugang für ihre Unternehmen auszubauen.

Vor allem die Forderung nach Senkung der technischen und regulatorischen Vorgaben, etwa bei Qualitätskontrollen und Zulassungsvorschriften, stieß auf massiven Widerstand. Beispielsweise protestierte der All India Kisan Sabha, ein großer Bäuer:innenverband, öffentlich gegen die Pläne, da eine Zollsenkung die Existenz der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern gefährde und den Markt für billige, importierte US-Milchprodukte öffne.

Letztlich konnten sich die indischen Verhandlungspartner trotz des Drucks nicht zu einer Senkung der Milchzölle durchringen. Stattdessen wurden nur Zölle auf andere US-Agrarimporte wie Whiskey, Trockenfrüchte und Nüsse gesenkt. Parallel erfolgte die Lockerung bei Importkontrollen für Saatgut und Agrochemikalien, insbesondere zeitliche Verschiebungen bei Qualitätssicherungsprüfungen und das Aufweichen der Anforderungen an die Nachweisführung gentechnikfreier Produkte. Dies ermöglicht es US-Firmen wie Monsanto/Bayer und anderen, leichter in den indischen Markt einzudringen. Diese Aufweichungen führen mittelfristig zu einer stärkeren Abhängigkeit Indiens von US-Agrarkonzernen, da die günstigeren agrochemischen Produkte und Saatgutmischungen die Preisstruktur der traditionellen, lokal geprägten Landwirtschaft unter Druck setzen und agroökologische Verfahren bedrohen.

Dieses Spannungsfeld aus öffentlichem Protest, wirtschaftspolitischem Druck und internationaler Verhandlung ist für die indische Landwirtschaft ein prägender Faktor der aktuellen Handelsdynamik. Die umfassenden Auswirkungen der Lockerungen sind noch nicht vollumfänglich absehbar, werden aber von zahlreichen Umwelt- und Bauernorganisationen kritisch begleitet.

Die Vereinbarungen zwischen Ministerpräsident Modi und Präsident Trump im Jahr 2025 führten gleichzeitig zu einer teilweisen Zollsenkung bei Industrieprodukten, um die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu stabilisieren, ohne dabei den Milchmarkt signifikant zu öffnen.

Palmöl unter Druck

Die Zollerhöhungen der USA auf Palmölimporte (bis zu 19 Prozent ab Frühjahr 2025) trafen vor allem Indonesien und Malaysia als weltweit führende Produzenten. Diese Maßnahmen führten zu deutlich rück-

läufigen Exporten und finanziellen Belastungen für Kleinerzeuger:innen. Denn in Indonesien sind rund 42 Prozent seiner Palmölanbauflächen (etwa 6,7 Millionen Hektar von 16 Millionen Hektar Gesamtfläche) im Besitz von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Diese bewirtschaften kleinere Plantagen mit durchschnittlich circa zwei Hektar.

Die US-Palmölimporte aus Indonesien und Malaysia betragen 2024 etwa 1,1 Millionen Tonnen, was knapp zehn Prozent der gesamten US-Palmölimporte ausmacht. Indonesien exportierte circa 800.000 Tonnen, Malaysia circa 300.000 Tonnen. Die USA importieren überwiegend rohes Palmöl (Crude Palm Oil, CPO), das in US-Industrien weiterverarbeitet wird. Hauptverbraucher in den USA sind Lebensmittelhersteller (Margarine, Backwaren, Süßwaren), die chemische Industrie und Teile der Kosmetikbranche. Palmöl wird in den USA kaum als Biotreibstoff verwendet.

Die Zollerhöhungen der USA auf Palmöl führten zu rückläufigen Exporten und finanziellen Belastungen insbesondere für Kleinbauern und -bäuerinnen. Allerdings erzeugten die Exporterlöse und die Beteiligung großer US-Investoren an lokalen Raffinerien und Plantagen in Indonesien und Malaysia zusätzlichen Druck, noch mehr Flächen in Palmöl umzuwandeln, wodurch Landrechte kleinerer Erzeuger:innen beschnitten wurden. US-Konzerne wie Wilmar International und Archer Daniels Midland erhielten im Laufe des Jahres dann erleichterten Zugang zu Plantagen, und Investitionsregulierungen wurden gelockert, was ökologische Schäden und soziale Konflikte verstärkte.

Weiterhin erzwangen die USA im Spätsommer 2025 Verhandlungen über ein bilaterales Handelsabkommen, in denen Indonesien und Malaysia weitere Zugeständnisse bei der Öffnung für US-Investoren machen mussten. In den Verhandlungen konnten beide Länder Zollminderungen bei Palmölexporten in die USA erreichen, allerdings unter Preisgabe regulatorischer Eigenständigkeit und mit weitreichenden Investitionszugeständnissen an US-Unternehmen. Dies brachte zwar eine gewisse Handelsentspannung, wird aber zu intensiverer Ausbeutung ökologisch sensibler Gebiete sowie verstärkte soziale Konflikte führen und keine echten Vorteile für lokale Kleinproduzent:innen bewirken.

Im Namen der US-Agrarchemie

Parallel dazu drängten die USA auch andere Länder auf eine signifikante Exportsteigerung für US-Agrarchemie wie vor allem Kunstdünger. Länder mit entsprechenden Agrarrohstoffen, etwa Indonesien, Indien und Ghana, wurden verpflichtet, Zugang für US-Düngerimporte zu erleichtern oder sogar die lokale Produktion US-amerikanischer Unternehmen zuzu-

lassen – etwa den Aufbau großer Düngemittelfabriken durch Firmen wie Nutrien oder CF Industries.

Diese Entwicklungen erhöhen die Abhängigkeit der Agrarsektoren in Entwicklungsländern von US-Agrochemiekonzernen, fördern eine industrialisierte, rohstofforientierte Landwirtschaft und bedrohen lokale, nachhaltige agrarökologische Ansätze in der Nahrungsproduktion. Gleichzeitig entstehen soziale Konflikte durch Preisdruck und Landkonkurrenzen. Diese erzwungenen Zoll- und Investitionsregulierungen sind Teil einer umfassenderen Strategie Washingtons, über Handelsdruck globale Agrarmärkte zu kontrollieren – mit gravierenden sozialen und ökologischen Folgen für Entwicklungsländer.

Widerstand, Proteste und erzwungene Zugeständnisse

In vielen der betroffenen Länder regte sich Widerstand – etwa Proteste indischer Milchbauern gegen die Marktorientierung zugunsten US-amerikanischer Exporteure. In Westafrika organisierten Bäuerinnen und Bauern Proteste gegen die Verlagerung von Wertschöpfungsketten zu multinationalen Verarbeitern unter US-Kontrolle. Sie kritisierten, dass Zollerhöhungen zwar ihre Exporte erschwerten, aber US-Unternehmen ungehindert in wertschöpfende Bereiche vorstoßen dürfen.

Nach den drastischen Zollerhöhungen Anfang 2025 kam es in vielen Entwicklungsländern und Schwellenstaaten zu einem strategisch-taktischen Einknicken. Um dem Erpressungsdruck zu entgehen und die wirtschaftlichen Schäden zu begrenzen, nahmen diese Staaten umfangreiche Zugeständnisse bei der Öffnung ihrer Märkte, der Deregulierung und Investitionsfreigaben für US-Unternehmen vor. In vielen Fällen war dies notwendig, um die US-Zölle auf wichtige Exporte zurückzunehmen oder zumindest zu reduzieren.

Im weiteren Verlauf von 2025 – oft nach zähen Verhandlungen – wurden für viele Entwicklungsländer die hohen »Frühlingszölle« auf zentrale Agrarprodukte zunächst nur teilweise wieder gesenkt. So wurden etwa für einige afrikanische Länder, Vietnam, Kambodscha und Indonesien flexiblere Zollregime eingeführt, die niedrigere Sätze oder Ausnahmen ermöglichen, wenn entsprechende politische Zugeständnisse geleistet wurden.

Brasilien, Mexiko und Südafrika als wirtschaftlich bedeutende Schwellenländer verhielten sich dagegen widerständiger. Brasilien behielt zunächst hohe Zölle auf Soja und Rindfleisch bei, Mexiko musste zwar in einigen Bereichen Zugeständnisse machen, etwa zur Liberalisierung von Investitionen amerikanischer Händler in mexikanische Agrarplantagen, behielt aber für viele Produkte hohe Zölle. Südafrika war ebenfalls

weniger kompromissbereit und verteidigte traditionell hohe Schutzmauern in Schlüsselbranchen.

Die von den USA erzwungenen Zugeständnisse betrafen vor allem die Öffnung von Märkten für US-Saatgut, Düngemittel und Agrochemikalien durch Lockerung von Umweltschutzauflagen, Zulassungsverfahren und Grenzwerten für Pestizide. Viele Länder erlauben nun amerikanischen Firmen, sich direkt in Agrar- und Rohstoffverarbeitungsanlagen zu beteiligen oder neue Fabriken, etwa für Düngemittel oder Palmölraffinerien, zu errichten (z. B. Firmen wie Nutrien, CF Industries oder Wilmar International). Die Senkung oder Aufhebung von Export- und Importsteuern, besonders im Verarbeitungsbereich, um US-Importen Wettbewerbsvorteile zu verschaffen, ist eine der obersten Prioritäten in Verhandlungen mit Entwicklungsländern und viele gaben bis jetzt nach.

Die Übernahme technischer und sanitärer Standards nach US-amerikanischen Vorgaben, häufig verbunden mit Abbau lokaler Schutzregelungen zugunsten internationaler Großkonzerne, wurde ebenfalls teilweise erfolgreich in den »Verhandlungen« durchgesetzt. Diese Zugeständnisse haben zwar kurzfristig für viele Länder zu Zollmilderungen nach dem Frühjahrsschock geführt, bewahrten aber nicht die volkswirtschaftlichen oder sozialen Interessen vor Ort, sondern verstärkten vielfach die Abhängigkeiten von Konzernen aus den USA.

Auch in afrikanischen Ländern wie Ghana und Äthiopien führten Zugeständnisse insbesondere im Bereich der Düngemittelimporte zu niedrigeren US-Zöllen, jedoch sind Kritiker besorgt, dass dies die Monopolstellung großer US-Konzerne verstärkt, während lokale Landwirte weiterhin benachteiligt sind.

Obwohl diese »Deals« der Zollreduktionen die Exporte kurzfristig stabilisierten, erwuchs daraus erheblicher Widerstand in der Bevölkerung. In Ghana etwa protestierten Kakaobauern gegen einseitige Marktöffnungen. In Indien erreichten die Proteste der Milchbauern zwar weniger mediale Reichweite als im Frühjahr, sie dauern jedoch an und setzen Regierung und Politik zunehmend unter Druck, sich gegen die liberalisierenden Zwänge mehr zu schützen.

Rolle rückwärts im Herbst 2025?

Nach massiver Kritik an den »Frühlingstarifzöllen« auf Agrarimporte in den USA hat die Trump-Regierung ihre protektionistische Politik umgekehrt: Die Zölle für Lebensmittel führten zu teils drastischen Preiserhöhungen und trieben die Inflation für US-Konsument:innen eindeutig nach oben. Daraufhin haben die USA im November 2025 zahlreiche Einfuhrzölle auf Lebensmittel und Genussmittel wieder zurückgenommen, die im Frühjahr eingeführt wurden. Betroffen

sind vor allem Produkte wie Kaffee, Kakao, Tee, Gewürze, tropische Früchte, Fruchtsäfte und Rindfleisch.

Die Zollsenkungen gelten nicht nur für diverse asiatische, afrikanische und mittelamerikanische Staaten, sondern auch vor allem für wichtige »widerständige« Agrarexportländer wie Brasilien, Mexiko, Südafrika. Präsident Trump begründet allerdings die Rücknahme der »Strafzölle« nicht zu Unrecht damit, dass die meisten Staaten sich die Rücknahme durch erhebliche Markt- und regulatorische Zugeständnisse »verdient« haben – natürlich oftmals auf Kosten des Marktschutzes für Kleinproduzent:innen, mit Risiken für Umwelt und soziale Strukturen. Außerdem profitieren auch im Globalen Süden vor allem exportorientierte Agrarindustrien, Kleinproduzent:innen hingegen geraten zunehmend unter Druck.

Brasilien, Mexiko und Südafrika zeigen jedoch, dass gemeinsamer internationaler Widerstand gegen die USA wirksam sein könnte. Stattdessen meint(e) die EU, allein und unsolidarisch zu anderen Ländern, durch Unterwerfungsgesten die US-Strafzölle abwehren zu können. Zumindest für die meisten Agrarexporte ist das jedoch nicht gelungen, z. B. ausgerechnet für italienische Pasta bleiben die hohen Importzölle bestehen – eine Ironie der Geschichte.

Auswirkungen auf die EU ...

Daher bleibt es dabei: Die aggressive US-Zollpolitik unter Präsident Trump und die einseitigen Zollerhöhungen im Frühjahr 2025 haben nicht nur Entwicklungsländer getroffen, sondern auch weitreichende

Folgen für die Europäische Union und deren Agrarwirtschaft gehabt. Die USA verhängten neue Einfuhrzölle auf zentrale EU-Agrarprodukte. Besonders betroffen waren Milchprodukte (Milchpulver: von null auf 25 Prozent), Käse (von zehn auf 22 Prozent), Schweinefleisch (von zwei auf 15 Prozent) und Wein (von 1,5 auf zehn Prozent). Für Olivenöl, Obstkonserven und Zuckerausfuhren stiegen die Zölle teils auf 15 bis 25 Prozent. Diese Güter machen zusammen etwa 14 Prozent der gesamten EU-Agrarexporte in die USA (Wert 2024: rund 8,2 Milliarden US-Dollar) aus; dabei war Käse bisher – mit einem Anteil von fünf Prozent – der wichtigste Einzelposten.

Als Gegenmaßnahme und um drohende höhere US-Strafzölle abzuwenden, stimmte die EU im Sommer 2025 in Verhandlungen zu, bestimmte US-Agrargüter (unter anderem verarbeitete Lebensmittel sowie Trockenfrüchte im Wert von etwa 3,4 Milliarden Euro pro Jahr) mit geringeren EU-Einfuhrzöllen zuzulassen (Reduktion von bis zu 20 Prozent auf teils unter acht Prozent). Zudem wurden regulatorische Erleichterungen für US-Betriebe etwa bei Kennzeichnung, Einzelimportregelungen, Lebensmittel- und Pflanzenschutzstandards (vor allem für US-Obst und –Nüsse) eingeführt, was den Wettbewerb für EU-Produzenten verschärft. Im Gegenzug reduzierten die USA einige Frühjahrzölle auf EU-Güter auf das Vorkrisenniveau (einige Weinsorten, Obst und Gemüse, Brotwaren und verarbeitete Nahrungsmittel).

Aber nach der Weigerung der EU, die Einfuhrverbote für hormonbehandeltes US-Rindfleisch und chlorbehandeltes Geflügelfleisch aufzugeben, blieben

Folgerungen & Forderungen

- Die US-Zollerhöhungen von 2025 destabilisieren die Agrarökonomien vieler Entwicklungsländer und erzwingen politische Zugeständnisse. Sie verschärfen soziale Ungleichheiten, schwächen lokale Produzent:innen und verschieben Macht hin zu internationalen Konzernen.
- EU und USA wollen in Zukunft noch stärker gemeinsam als Handelsmachtblock agieren, der Drittstaaten zu Marktöffnungen und Deregulierungen drängt. Dadurch verlören viele Entwicklungsländer wichtige Schutzmechanismen, was ihre wirtschaftliche Selbstbestimmung weiter untergräbt.
- Kleinbäuerliche Strukturen geraten unter intensiven Druck, weil Zölle Einnahmen schmälern und agroindustrielle Modelle bevorzugt werden. Die Folge sind sinkende Einkommen, steigende Unsicherheit und eine zunehmende Bedrohung der Ernährungssouveränität.
- Die erzwungene Öffnung für US-Agrarchemie, Saatgut und Investoren führt zu ökologischen Schäden und neuen sozialen Konflikten. Gleichzeitig schwächt sie lokale nachhaltige Anbauformen und verschärft die Abhängigkeit von importierten Betriebsmitteln.
- Die EU und Bundesregierung müssen aufhören, durch bilaterale Zugeständnisse an die USA das multilaterale Handelssystem trotz seiner unfairen Regeln zu untergraben.
- Analog zu Brasilien, Mexiko und Südafrika soll die EU auf dem Prinzip der Meistbegünstigung (MFN) bestehen und keine Sonderzölle oder regulatorische Zugeständnisse einzig zugunsten der USA zulassen.
- Eine gemeinsame, solidarische EU-Strategie gegen wirtschaftlichen Druck der USA ist notwendig, da der multilaterale Welthandel für die EU und den Globalen Süden essenzieller ist als der transatlantische Handel.
- Die EU sollte auf einen fairen, regelbasierten Welthandel bestehen und bilaterale Zugeständnisse vermeiden, die ökologische, soziale und wirtschaftliche Risiken für Kleinproduzent:innen weltweit erhöhen.

manche Zölle regelwidrig über den bei der WTO notifizierten Zöllen (MFN), z. B. bei Milchprodukten (15 bis 25 Prozent Zoll) oder Schweinefleisch (20 Prozent Zoll). Diese Zollerhöhungen dienen weiter als Druckmittel, um die EU zu zwingender Liberalisierung bei den SPS-Standards² und dem Verzicht auf Importbeschränkungen bei hormon- und chlorbehandelten Produkten zu bewegen.

Das Volumen der betroffenen US-Importe (z. B. Soja, Mais, Rindfleisch) ist im Vergleich zu Im- und Exportströmen anderer Regionen aber für die EU abnehmend bedeutend (z. B. Sojaimporte aus Brasilien: zweimal so groß wie aus den USA). Die geplanten Zoll- und Marktöffnungen erfolgen teils ohne ein formelles bilaterales Freihandelsabkommen, was das WTO-MFN-Prinzip (Meistbegünstigung) umgeht und entsprechend kritisiert wird. Zwar gibt es Erwägungen, ein Mini-TTIP im Einklang mit Artikel 24 GATT zu schaffen, doch dies ist noch offen.

... zulasten auch der Entwicklungsländer

Die neuen Vereinbarungen mit den USA gefährden bestehende Präferenzregime der EU: Länder mit zollfreiem Marktzugang (»Alles außer Waffen«³ bzw. EPAs mit AKP-Staaten⁴) oder bisher niedrigen Zöllen auf Soja, Kaffee und Bananen könnten relativ Marktanteile verlieren, weil US-Produzenten durch privilegierte Behandlung stärkeren Wettbewerb erzeugen. Damit drohen Entwicklungs- und Schwellenländer Exporterlöse einzubüßen und in Handelskonflikte zu geraten.

Am Beispiel des Handels mit Kakao und Schokolade wird deutlich, wie sehr auch Entwicklungsländer in die »Strafen« der USA für die EU (neben den Strafzöllen der USA für Kakaoproduzenten in Ghana oder Côte d'Ivoire) einbezogen werden. Diese doppelte Belastung – wichtige Exportverluste durch US-Zölle und überhöhte Preise durch globale Angebotsverknappung – kann afrikanischen Kakaosexporturen erheblichen Schaden zufügen, weil die erhöhten Verkaufserlöse durch gestiegene Kakaopreise die geringeren Absatzmengen nicht vollständig kompensieren.

Insbesondere Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Ghana und Côte d'Ivoire spüren durch die Verunsicherung auf den Exportmärkten und die jährlichen Schwankungen der Kakaopreise Einkommenseinbußen und Preisdruck. Die Kombination aus EU-Zoll- und US-Präferenzveränderungen macht den Export afrikanischer Länder volatil und riskanter – mit negativen Folgen für deren Volkswirtschaften und sozialen Strukturen. Diese Tatsachen verdeutlichen, wie komplex und verletzlich Entwicklungsländer im globalen Agrarhandel bleiben, wenn wichtige Märkte ihre Handelspräferenzen ändern oder Zölle erhöhen.

EU und USA – gemeinsam gegen Drittstaaten

Auf politischer Ebene hat die EU im August 2025 mit den USA ein gemeinsames Rahmenabkommen zum Abbau von Handelshemmnissen unterzeichnet.⁵ Neben der erwähnten Reduktion gegenseitiger Zölle, wobei die USA Zölle auf EU-Industrieerzeugnisse auf maximal 15 Prozent senken, wurde eine Zusammenarbeit vereinbart, um Marktöffnungen in Drittstaaten und Entwicklungsländern durchzusetzen, die mit hohen Handelsbarrieren Schutzmaßnahmen errichten.

Es soll gemeinsamer Druck auf Drittstaaten erzeugt werden, Exportzölle, Subventionen und auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse abzubauen, etwa scharfe SPS (sanitär-phytosanitäre) Auflagen, die häufig von Entwicklungsländern als Schutz gegen billige Importe genutzt werden. Gemeinsam will man Entwicklungs- und Schwellenländer zwingen, Investitionsbedingungen für US- und EU-Kapital in Drittländern zu erleichtern.

Diese Allianz verstärkt die Liberalisierungsagenda auf globaler Ebene – auf Kosten der wirtschaftlichen Eigenständigkeit der Entwicklungsländer. Sollten in Zukunft die USA und die EU gemeinsam Entwicklungsländer zugunsten des Beibehalts von Importpräferenzen in ihre Märkte, zwingen, ihre Exportsteuern auf unverarbeitete Rohprodukte, wie Kakao oder Kaffee abzuschaffen, würden viele Entwicklungsländer ihre fiskalische Basis und Schutzmechanismen verlieren – zugunsten von US- und EU-Konzernen.

Anmerkungen

- 1 Das Meistbegünstigungsprinzip (MFN) der WTO verlangt, dass alle Handelsvorteile, die einem WTO-Mitglied gewährt werden, auch allen anderen Mitgliedern zugutekommen müssen.
- 2 Die »Sanitary and Phytosanitary« (SPS)-Maßnahmen legen im internationalen Handel die Standards für Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit fest.
- 3 »Alles außer Waffen« ist ein präferenzielles Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den 46 weltweit am wenigsten entwickelten Ländern.
- 4 Economic Partnership Agreements (EPAs), also Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und AKP-Staaten, das ist eine Gruppe von 79 Ländern in Afrika, der Karibik und dem Pazifik, die eine besondere Partnerschaft mit der EU pflegen.
- 5 EU-Commission: Joint statement on a framework for reciprocal, fair and balanced trade. 21. August 2025. – T. Delille, M. Seranne and G. G. Fustes: EU and US publish trade joint statement, with sustainability implications. Squire Patto Boggs 27. August 2025.



Francisco J. Mari

Referent für Welternährung, Agrarhandel und Meerespolitik bei Brot für die Welt.

francisco.mari@brot-fuer-die-welt.de